E-03-443 Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu E-03

Von Zeile 442 bis 460:
Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik großer Koalitionen zu lange auf alte ~~Modelle gesetzt und die Transformation verschlafen. Nun droht sich dieser Fehler zu wiederholen. Während in anderen Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Durchmarsch ist, diskutiert Deutschland über die Zukunft des Verbrenners. Es ist falsch, dass Union und SPD die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen. In der aktuellen Absatzkrise braucht die Branche klare Leitplanken und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab 2035 kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch den Verkauf von E-Autos anreizenden Maßnahmen ergänzt werden – etwa durch die Verbesserung und Harmonisierung der Ladeinfrastruktur, die Senkung der Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für Mobilität in Behörden und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Leasingmodelle für Haushalte mit geringem Einkommen („Social Leasing“) sowie eine auf klimafreundliche Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Wir wollen Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer zum Pendeln oder auf dem Land auf das Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.~~Technologien gesetzt und so die Transformation verschlafen. Die deutschen Hersteller drohen im globalen Wettbewerb zunehmend Marktanteile zu verlieren, insbesondere an neue Wettbewerber aus dem asiatischen Raum. Während in weiten Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Durchmarsch ist, diskutiert die Bundesregierung über eine Renaissance des Verbrennungsmotors. Es ist gleichermaßen gefährlich für den Klimaschutz und die Zukunft unseres Industriestandorts, dass Union und SPD die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen und somit Unsicherheit schüren. In der aktuellen Strukturkrise braucht die Branche Planungssicherheit und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab 2035 in Europa kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch durch attraktive Anreize für den Hochlauf der E-Mobilität sowie durch strukturpolitische Maßnahmen in den vom Wandel der Automobilindustrie besonders betroffenen Regionen ergänzt werden.

Wir GRÜNE fordern einen Ausbau der Ladeinfrastruktur für verlässliches und bezahlbares Laden, die Senkung der Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für E-Mobilität in Behörden und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Fördermodelle für Haushalte mit geringem Einkommen (z.B. „Social Leasing“) sowie eine auf emissionsfreie, batterieelektrische Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Wir wollen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer zum Pendeln oder auf dem Land auf das Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, soll für das Leasing oder den Kauf eines elektrischen Kleinwagens attraktive Konditionen erhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragsteller*innen

Swantje Henrike Michaelsen (KV Hannover); Sandra Stein (KV Hochsauerland); Sebastian Zintel (KV Nordsachsen); Philipp Höllermann (KV Osnabrück-Stadt); Patrick Kloß (KV Köln); Michael Oberst (KV Berlin-Pankow); Philip Schlumbohm (KV Harburg-Land); Emanuel Stuve (KV Ludwigslust-Parchim); Liliana Josek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christian Nitsche (KV Steinfurt); Katja Rosenbohm (KV Hamburg-Wandsbek); Silke Birgit Renz (KV Darmstadt); Christian Storch (KV Potsdam-Mittelmark); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Markus Königsdorfer (KV Unterallgäu); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Martha Krieger (KV Kelheim); Lutz Jacob (KV Jena); Stanislav Elinson (KV Leipzig); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.